



# N i e d e r s c h r i f t

## Wirtschaftsausschuss

19. Wahlperiode - 26. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 20. März 2019, 10:00 Uhr,  
Handwerkskammer Flensburg, Johanniskirchhof 1-7, 24937 Flensburg

### **Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Andreas Hein (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Peer Knöfler (CDU)	i. V. von Lukas Kilian
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Kay Richert (FDP)	
Volker Schnurrbusch (AfD)	
Flemming Meyer (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Eröffnung und Begrüßung</b>	<b>5</b>
	- Abg. Dr. Adreas Tietze, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses - Dirk Belau, stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Flensburg - Andreas Haumann, Handwerkskammer Flensburg	
<b>2.</b>	<b>Vorstellung der wirtschaftlichen Eckdaten Flensburgs</b>	<b>6</b>
	<b>a) Ansiedlung des skandinavischen Kompetenzzentrums (Wirtschaftsratsinitiative)</b>	<b>6</b>
	<b>b) Aus- beziehungsweise Neubau der B 199 in Handewitt (Gesamtprojekt B 199-G10-SH) - Zeitplan für die Realisierung</b>	<b>6</b>
	<b>c) Zukunft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft</b>	<b>6</b>
	<b>d) Aktuelle Entwicklungen Hafen Flensburg</b>	<b>6</b>
	- Simone Lange, Oberbürgermeisterin - Hannes Fuhrig, Stadtpräsident - Ulrich Spitzer, stellv. Hauptgeschäftsführer IHK Flensburg	
<b>3.</b>	<b>E-Bus-Konzept der Aktivbus Flensburg GmbH</b>	<b>13</b>
	- Paul Hemkentokrax, Geschäftsführer	
<b>4.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über die geplante Ausweitung des Streckennetzes für Lang-LKW in Schleswig-Holstein</b>	<b>14</b>
	Antrag des Abg. Lars Harms (SSW) Umdruck 19/2097	
<b>5.</b>	<b>a) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zu den Sanierungsschäden der Autobahn 21 zwischen Bornhöved und Stolpe</b>	<b>16</b>
	Antrag des Abg. Vogel (SPD) Umdruck 19/2180	
	<b>b) Bericht der Landesregierung zu neuen Straßenschäden auf dem sanierten Teilabschnitt der A 21 zwischen Trappenkamp und Stolpe</b>	<b>16</b>
	Antrag des Abg. Volker Schnurbusch (AfD) Umdruck 19/2181	
<b>6.</b>	<b>Ergänzung einer Verwaltungsvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg über die Finanzierung der ersten Realisierungsschritte der S-Bahn S 4 Ost von Hamburg Hasselbrook nach Bad Oldesloe</b>	<b>18</b>
	Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Umdruck 19/2117	

- 7. Neuvergabe der grenzüberschreitenden SPNV-Leistungen zwischen Niebüll und Tøndern (DK) 19**
- hierzu: vertraulicher Umdruck 19/2092
- (nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO)
- 8. Verschiedenes 20**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

## **1. Eröffnung und Begrüßung**

- Abg. Dr. Adreas Tietze, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses
- Dirk Belau, stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Flensburg
- Andreas Haumann, Handwerkskammer Flensburg

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Abg. Dr. Tietze, und der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Flensburg, Herr Belau, begrüßen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Sitzung.

Herr Belau stellt im Anschluss daran kurz die Eckdaten zur Handwerkskammer Flensburg vor. Dabei führt er unter anderem aus, dem Handwerk gehe es derzeit gut. Hauptbremse beim weiteren Wachstum sei der immer größer werdende Fachkräftemangel. Dieser betreffe auch die Betriebsnachfolgen. In diesem Zusammenhang richtet er seinen Dank an die Politik für die Einführung der Meistergründungsprämie, die für den Bereich der Betriebsnachfolge wichtige und positive Anreize biete.

## **2. Vorstellung der wirtschaftlichen Eckdaten Flensburgs**

### **a) Ansiedlung des skandinavischen Kompetenzzentrums (Wirtschaftsratsinitiative)**

### **b) Aus- beziehungsweise Neubau der B 199 in Handewitt (Gesamtprojekt B 199-G10-SH) - Zeitplan für die Realisierung**

### **c) Zukunft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft**

### **d) Aktuelle Entwicklungen Hafen Flensburg**

- Simone Lange, Oberbürgermeisterin
- Hannes Fuhrig, Stadtpräsident
- Ulrich Spitzer, stellv. Hauptgeschäftsführer IHK Flensburg

Herr Fuhrig, Stadtpräsident der Stadt Flensburg, stellt die wirtschaftlichen Eckdaten der Stadt Flensburg dar. Im Zusammenhang mit dem Leitbild der Stadt, Wachstum organisieren, arbeite Flensburg sehr eng mit anderen regionalen Partnern und auch den skandinavischen Nachbarn zusammen. Flensburg gelte als besonders interessanter Investitionsstandort und habe eine hohe Bedeutung als Wirtschafts- und Arbeitsstandort in der Region. Auch die Einzelhandelsumsätze und die Kaufkraft hätten sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt. Im Bereich der Wirtschaftsförderung arbeite man mit dem Kreis Flensburg über die WIREG intensiv zusammen. Positiv habe sich auch die Arbeitslosenquote entwickelt, nämlich von 7,5 % im Jahr 2010 auf 6 % im Jahr 2017. Das Wachstum der Stadt bringe jedoch auch einen höheren Bedarf an Wohnraum und Investitionsflächen mit sich. So habe die Stadt ermittelt, dass sie bis 2030 etwa 30 ha Gewerbefläche zusätzlich benötigen werde. Um dieses Ziel zu erreichen, werde man weiter zentralisieren müssen. Als wichtige Bauprojekte für die Zukunft nennt er die Verlagerung der Brauerei, die Erweiterung des Geländes des Kraftfahrtbundesamtes sowie die Sanierung der westlichen Altstadt. Großprojekte seien darüber hinaus der Hafen Ost, die Herausforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringe - bis hin zu einer Entwicklung einer Smart City - und die Verfolgung der Klimaschutzziele. Zusammenfassend stellt Herr Fuhrig fest, auch wenn bekanntermaßen die glücklichsten Menschen in Dänemark lebten, könne er für Flensburg feststellen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt da schon sehr eng dran seien.

Frau Lange, Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg, ergänzt, jährlich wachse die Stadt Flensburg um mindestens 1.000 zusätzliche Menschen, einen ähnlichen Zuwachs gebe es auch in den Umlandkommunen. Vor dem Hintergrund habe die Stadt einen großen Druck auf dem Wohnungsmarkt und bei der Gewerbeentwicklung. Die Stadt-Umlandkooperation sei

deshalb für die Stadt sehr, sehr wichtig. Derzeit arbeite man auf einen neuen Stadt-Umland-Vertrag hin.

Die Stadt Flensburg versuche, Gründerinitiativen zu unterstützen, unter anderem über die Erweiterung des Technologiezentrums der WiREG und eine Initiative der Hochschule Flensburg im Bereich Hafen Ost, die mit der Wirtschaftsförderung verzahnt werden solle. Darüber hinaus sei die Stadt bemüht, die Absolventen der beiden Hochschulen auch langfristig in der Stadt zu halten.

Weiter weist sie auf den aktuellen Beschluss der Region Sønderjylland-Schleswig hin, Dänemark zu bitten, eine andere Lösung als den sogenannten Wildschweinzaun zu finden, da von diesem unabhängig von seiner umstrittenen Wirkung auch eine negative Symbolkraft ausgehe.

Sie informiert darüber, dass die Stadt Flensburg eine volle Stelle für die Bestandspflege der Wirtschaft, Gründungen, Wirtschaftsförderung und die internationale Zusammenarbeit geschaffen habe, um in diesen Bereichen weitere Akzente setzen zu können. Darüber hinaus gebe es drei hauptamtliche Klimamanager in der Stadtverwaltung, die insbesondere die Fragen bewege, wie das Ende letzten Jahres beschlossene Mobilitätskonzept der Stadt Flensburg und der innerstädtische Verkehr insgesamt in einer wachsenden Stadt klimafreundlich organisiert werden könne. So gebe es aus der Kommunalpolitik den Wunsch, die in der Innenstadt verlaufenden Bahngleise anders zu legen und die dadurch freiwerdenden ehemaligen Teilstrecken der Bahn zu Fahrradwegen umzufunktionieren.

Herr Spitzer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Flensburg, ergänzt die Darstellung der wirtschaftlichen Eckdaten der Stadt Flensburg aus unternehmerischer Sicht. Dazu führt er unter anderem aus, dass die positive Einwohnerentwicklung der Stadt Flensburg sich nicht auf die Unternehmensentwicklung ausgewirkt habe, sondern diese eher stagniere. Das liege insbesondere an den fehlenden Flächen. Es gebe eine Flächenkonkurrenz zwischen Wohnen und Gewerbe. Bei den Ansiedlungen habe man in der Vergangenheit gute Erfolge im Bereich von Hotels erzielt. Außerdem gebe es auch positive Entwicklungen im Bereich der innovativen Gründungen von Unternehmen. Im Zusammenhang mit dem Erhalt des Flensburger Hafens bedankt er sich für die Unterstützung seitens des Landtages und betont noch einmal die besondere Wichtigkeit der Umschlagfunktion des Flensburger Hafens. Wünschenswert für die Stadt Flensburg sei, dass die Landespolitik ein noch stärkeres Augen-

merk auch auf die kommunale Infrastruktur lege, damit die Verkehrsinfrastruktur der Stadt und auch der Hafenumschlag zukünftig erhalten bleiben könnten.

In der anschließenden Aussprache führt Frau Lange im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Vogel zum Druck auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt Flensburg aus, es müsse davon ausgegangen werden, dass bis zum Jahr 2035 6.000 zusätzliche Wohnungen benötigt würden. Um diese Zahl zu erreichen, versuche die Stadt, die Quartiere weiterzuentwickeln, sie zu durchmischen und insbesondere Wohnungen für Studierende in der Stadt bereits zu verteilen. Darüber hinaus sollten neue preiswerte Wohnungen geschaffen und gebundener Wohnraum aufgebaut werden. Bei diesen Aufgaben arbeite man eng mit den Baugenossenschaften zusammen.

Abg. Vogel fragt weiter nach dem aktuellen Sachstand zur Zughaltestelle in Flensburg im Zusammenhang mit dem Ausbau der festen Fehmarnbelt-Querung. - Frau Lange erklärt, Ziel sei es, den Hauptbahnhof in Flensburg weiterzuentwickeln und zu modernisieren werden. Man sei gerade auch dabei, das gesamte Bahnhofsquartier zu entwickeln. In diesem Zusammenhang gebe es auch Gespräche mit der Bahn, wie der Hauptbahnhof weiter attraktiviert werden könne. Richtig sei, dass der Hauptbahnhof in Flensburg nicht vom Euro City angefahren werden könne, eine Anbindung Flensburgs sei aber über einen Haltepunkt in Weiche möglich. Dieser müsse zunächst neu geschaffen werden. Hierzu gebe es in der Stadt aber noch keine politische Beschlusslage.

Abg. Schnurrbusch möchte wissen, ob die Stadt Flensburg bei ihren Bestrebungen zur vermehrten internationalen Zusammenarbeit bestimmte Länder im Blick habe. - Frau Lange antwortet, ein konkretes Beispiel für die internationale Zusammenarbeit sei die Werft in Flensburg, die sehr eng mit Norwegen zusammenarbeite. Es gebe aber auch Interesse aus Frankreich oder der Türkei an anderen Wirtschaftszweigen. Regelmäßig gebe es auch Anfragen aus anderen Ländern zum Klimakonzept der Stadt, bei dem Flensburg eine Vorreiterrolle einnehme. - Herr Spitzer ergänzt, die Stadt Flensburg sei offen für eine Zusammenarbeit mit allen Ländern, hier gebe es seiner Kenntnis nach auch keine Strategie, um bestimmte Länder anzusprechen. Diese Offenheit gelte auch für Branchen, die sich in der Stadt neu ansiedeln wollten.

Herr Spitzer merkt weiter an, im Zusammenhang mit der Wohnraumplanung engagiere sich das Land vorbildlich auf den unterschiedlichsten Ebenen, dieses Engagement fehle ihm aber

bei allen anderen kommunalen Themen, beispielsweise auch zum Haltepunkt der Bahn in Flensburg. Hier würde er sich eine eindeutige Positionierung des Landtags wünschen, aus der deutlich werde, dass Schleswig-Holstein kein Transitland für den Euro City sein dürfe.

Zu der Frage von Abg. Schnurrbusch, wie die benötigten zusätzlichen 30 ha Gewerbefläche gewonnen werden sollten, führt Frau Lange aus, hier arbeite man sowohl mit Bestandsflächen als auch mit bisherigen Brachflächen.

Abg. Hölck zeigt sich überrascht über die Zuzugszahlen der Stadt Flensburg und möchte wissen, ob diese Entwicklung Auswirkungen auf den ländlichen Raum habe. - Frau Lange verweist auf den jährlich fortzuschreibenden Sozialatlas, mit dem die Entwicklung beobachtet werde. Man sei noch dabei, diese Entwicklung im Einzelnen auszuwerten und zu bewerten. Festzustellen sei bislang, dass eine größere Zahl an Menschen mit ausländischer Identität in die Stadt zöge, dabei handele es sich allerdings nicht um Geflüchtete, sondern man vermute vielmehr, dass sich die Unternehmen in Flensburg vermehrt Fachkräfte mit ausländischer Identität in die Stadt holten. Darüber hinaus sei natürlich auch ein Zuzug älterer Menschen aus der Umgebung in die Stadt zu verzeichnen. Da auch die Menschen, die schon in der Stadt lebten, immer älter würden, führe das zu Problemen. Deshalb sei das Interesse an einer Stadt-Umland-Kooperation sehr groß. Gemeinsames Ziel müsse es sein, die Menschen dort, wo sie bereits lebten, so mit Infrastruktur zu versorgen, dass sie alles, was sie benötigten, auch im ländlichen Raum vorfinden und dort auch im Alter wohnen bleiben könnten.

Zu einer Nachfrage von Abg. Meyer führt Herr Spitzer aus, im Zusammenhang mit der Diskussion über den Umschlag im Flensburger Hafen hätte man sich mehr Unterstützung aus der Landespolitik gewünscht.

Auf eine Frage von Abg. Metzner informiert Herr Spitzer darüber, die Idee der Gründerförderung im Flensburger Hafen stamme von der Hochschule, die ohnehin im Hafengebiet einen Standort habe; diese wolle dort expandieren. Die Überlegungen dazu befänden sich allerdings noch in einem sehr frühen Stadium.

Abg. Richert möchte wissen, wie die Unternehmen der Stadt zu den Plänen der Reaktivierung der Bahngleise stünden. - Frau Lange antwortet, es gebe ein Unternehmen in der Stadt, das gern die in Flensburg brachliegenden Bahngleise wieder mit einer Bahnnutzung verse-

hen wolle. Hierzu liege ihr jedoch kein konkretes Konzept vor. Die Beschlüsse der Stadt dagegen spiegelten ein großes Interesse der Politik daran wider, die Bahngleise für einen Fahrradschnellweg zu nutzen sowie für eine bessere Anbindung an Niebüll. Dies alles müsse man sich noch genauer anschauen. Richtig sei, dass es Unternehmen gebe, die sich an sie gewandt hätten, weil sie über die Ideen etwas irritiert seien.

Frau Lange informiert im Folgenden kurz über die Pläne der Stadt zur Ansiedlung des skandinavischen Kompetenzzentrums (Wirtschaftsratsinitiative), Tagesordnungspunkt 2 a). Dazu führt sie unter anderem aus, geplant sei, in der Stadt eine Stelle mit Ansprechpartnern zu schaffen, die bei Ansiedlungen aus dem skandinavischen Raum unterstützend tätig werden könnten, beispielsweise im Zusammenhang mit steuerrechtlichen Fragen. Hierzu gebe es bereits eine Skizze der Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Ziel sei es, ein Kompetenzzentrum für ganz Schleswig-Holstein einzurichten. - Staatssekretär Dr. Rohlf s weist darauf hin, dass derzeit an einer Ansiedlungsstrategie für das gesamte Land gearbeitet werde. Das Ministerium begrüße die Überlegungen in Flensburg. Diese könnten in das laufende Verfahren und das Konzept mit einbezogen werden.

Herr Fuhrig geht weiter auf den Aus- beziehungsweise Neubau der B 199 in Handewitt (Gesamtprojekt B 199-G10-SH) und den Zeitplan für dessen Realisierung näher ein, Tagesordnungspunkt 2 b). Dieses Verkehrsinfrastrukturprojekt sei für die Erweiterung des Gewerbegebietes und den Ausbau hin zu einem internationalen Gewerbegebiet von besonderer Bedeutung. Laut Verkehrsministerium würde der Bund zwar die finanziellen Mittel für die Realisierung des Verkehrsprojektes zur Verfügung stellen, es stünden jedoch derzeit keine Planungskapazitäten für die Realisierung zur Verfügung, sodass nicht damit zu rechnen sei, dass die Ortsumgehung in den nächsten zehn bis 15 Jahren gebaut werden könne. Das sei im Hinblick auf das Gewerbegebiet sehr problematisch, denn so könne die Erweiterung nicht erfolgen, obwohl es viele Interessenten aus Skandinavien gebe. Derzeit sei man deshalb dabei, in alternative Planungen einzutreten, um zumindest kleinere Teilmaßnahmen realisieren zu können. - Staatssekretär Dr. Rohlf s erklärt, die Landesregierung unterstütze den Wunsch der Region, zumindest kleinere Maßnahmen zu verwirklichen. Das sei der richtige Weg. Unter anderem habe es bereits Gespräche mit dem Bund gegeben, um den Eigenanteil der Kommunen reduzieren zu können.

Im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 2 c), Zukunft der Flensburger Schiffbau-gesellschaft, führt Frau Lange auf Nachfrage des Vorsitzenden aus, sie sei beruhigt, dass es

zunächst in der Werft weitergehe. Öffentlich könne sie nur sagen, dass der Stadt und ihr sehr daran gelegen sei, den Gesprächsfaden zur Unternehmensführung der Werft nicht abreißen zu lassen. Dies gelinge aus ihrer Sicht auch gut. Die Werft sei für die Stadt Flensburg nicht nur als Arbeitgeber wichtig, sondern auch sehr identitätsstiftend. Nichtsdestotrotz sei Flensburg natürlich sehr bewusst, dass sich die Wirtschaft gewandelt habe. Die Stadt habe der Unternehmensführung ihre Unterstützung angeboten und hoffe, dass sie sich auch weiter in der Stadt engagieren wolle. Wichtig sei erst einmal, dass es weitergehe. Man müsse allerdings auch der neuen Unternehmensführung jetzt etwas Zeit geben, sich einzuarbeiten. - Staatssekretär Dr. Rohlf's ergänzt, für ihn sei es eine Gratwanderung, zu entscheiden, was er zu der Lage der Werft in öffentlicher Sitzung hier heute ausführen könne. Auch aus seiner Sicht sei man jetzt etwas in ruhigeres Fahrwasser gekommen, allerdings sei es zu früh, um Entwarnung zu geben. Das Ministerium und auch die Stadt pflegten einen intensiven Draht zum Betriebsrat und zur Geschäftsführung der Werft. Man könne also feststellen, dass viele daran mitgewirkt hätten, um sozusagen das Schlimmste abzuwenden. Jetzt gebe es wieder eine Perspektive, und das sei gut so. Das Land habe immer seine Unterstützung signalisiert, gleichzeitig aber auch deutlich gemacht, unter welchen Bedingungen es bereit sei, weitere Bürgschaften zu übernehmen. Dazu stehe es nach wie vor. Nach derzeitigem Kenntnisstand liege bis zum heutigen Tag keine Beauftragung zu dem Gutachten vor, das Voraussetzung für die Übernahme weiterer Bürgschaften durch das Land sei. Das Land tue jedoch alles dafür, um in engem Kontakt mit der Werft zu bleiben und habe sich auch beim Bund für die jetzt erfolgte Bereitstellung öffentlicher Hermes-Absicherungen eingesetzt. Insgesamt sei also festzustellen, es gebe eine Perspektive, aber es sei noch zu früh, um Entwarnung zu geben.

Im Zusammenhang mit Fragen von Abg. Richert und Abg. Meyer zu den Plänen für das Ostufer und das Westufer des Flensburger Hafens weist Frau Lange darauf hin, dass man sich noch zu Beginn des Prozesses befinde, hier sei noch eine Menge an Abstimmungen erforderlich. Ziel sei es, das Ostufer des Hafens als urbanes Gebiet mit Wohnen und Gewerbe auszubauen, dagegen solle es im Ostuferhafen nur im südlichen Bereich Wohnen geben. Die Herausforderung der verkehrlichen Anbindung für den Umschlag des Hafens sei unabhängig vom Standort, Probleme hätte es auch am Hafen Ostufer gegeben, wenn der Umschlag dort angesiedelt worden wäre. - Staatssekretär Dr. Rohlf's erklärt, der Wirtschaftsminister habe sich zu den Plänen zum Ausbau des Hafens sehr deutlich positioniert. Bei allem Respekt vor kommunaler Planungshoheit sei beim Thema Hafen auch das Land gefordert, seine Position deutlich zu machen. Aus Sicht der Landesregierung bietet der Kraftwerkkai keine ausreichende Alternative, da seine Kaimenge nicht ausreiche, außerdem fehlten aus-

reichende Liegeplätze und eine verkehrliche Anbindung. Darüber hinaus habe das Ministerium die Förderfähigkeit geprüft und festgestellt, dass bei einer Verlagerung des Standortes eine Förderfähigkeit nicht gegeben sei. Von daher gebe es bei der Verlegung des Wirtschaftshafens vom Ostufer an das Westufer sehr wahrscheinlich auch eine Fördermittelproblematik. - Frau Lange erklärt, all dieses habe man im Blick. Die Stadt steige jetzt in die weiteren Planungen ein.

### **3. E-Bus-Konzept der Aktivbus Flensburg GmbH**

- Paul Hemkentakrax, Geschäftsführer

hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift

Herr Hemkentakrax, Geschäftsführer der Aktivbus Flensburg GmbH, stellt dem Ausschuss das Projekt „Fossilfreier Betriebshof 2022“ auf der Grundlage eines Powerpoint-Vortrags (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) vor.

Hieran schließt sich eine kurze Aussprache an, in der unter anderem Staatssekretär Dr. Rohlf auf die derzeit in Arbeit befindliche Richtlinie zur Förderung von Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge hinweist. Das von Herrn Hemkentakrax vorgestellte Projekt passe sehr wahrscheinlich sehr gut in diese Förderrichtlinie hinein. Insgesamt sei das Projekt aus Sicht der Landesregierung absolut begrüßenswert und sinnvoll.

#### **4. Bericht der Landesregierung über die geplante Ausweitung des Streckennetzes für Lang-LKW in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abg. Lars Harms (SSW)  
[Umdruck 19/2097](#)

Staatssekretär Dr. Rohlfs informiert über das Ausweisungsverfahren von Strecken für Lang-LKW in Schleswig-Holstein. Dazu führt er unter anderem aus, es gebe eine spezielle Verordnung mit einer Positivliste, in der alle Strecken aufgenommen worden seien, auf denen der Einsatz von Lang-LKW grundsätzlich in Frage käme. Das Land melde also nicht proaktiv irgendwelche Strecken, sondern reagiere nur auf Anfragen von Firmen, die auf bestimmten Strecken mit entsprechenden Fahrzeugen fahren wollten. Sobald entsprechende Anfragen eingingen, laufe ein spezieller Prozess beim Landesbetrieb für Straßenbau an, in dem eine enge Abstimmung mit den jeweiligen Baulastträgern stattfinde und auch das Thema Verkehrssicherheit intensiv beleuchtet werde.

Die Landesregierung gehe nicht davon aus, dass es sozusagen zu einem massenweisen Einsatz von Lang-LKW im Land kommen werde. Die Beantragung sei nur für sehr spezielle Streckenabschnitte erfolgt.

Abschließend weist er darauf hin, dass man zwischen den sogenannten Gigalinern und Lang-LKW unterscheiden müsse. Für Gigaliner gebe es derzeit keinerlei Pläne, diese in der Bundesrepublik auf die Straße zu bringen. Gigaliner seien zum einen länger als Lang-LKW und brächten ein Gewicht bis zu 46 t auf die Straße.

Auf Nachfragen aus dem Ausschuss berichtet Staatssekretär Dr. Rohlfs, dass aus Schleswig-Holstein bei der letzten Anfrage des Bundes neun Strecken, die grundsätzlich für den Verkehr mit Lang-LKW geeignet seien, gemeldet und dann in die Liste aufgenommen worden seien. Eine entsprechende Auflistung der Strecken könne er dem Ausschuss gern zur Verfügung stellen. Diese Strecken seien nicht auf bestimmte Straßenkategorien, also beispielsweise Bundesstraßen oder Bundesautobahnen, beschränkt.

Zu einer Frage von Abg. Dr. Tietze erklärt Herrn Conradt, Direktor Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr, dass der Aspekt der Bahnübergänge bei der Meldung geeigneter Strecken und dann später auch bei der Prüfung jeden Einzelfalls mit betrachtet werde.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Vogel führt Herr Conradt aus, die Rastplätze an den Bundesautobahnen seien darauf eingerichtet, dass dort auch Schwertransporte abgestellt werden könnten. Es sei natürlich ein Problem, wenn entsprechende Lkw auf anderen Strecken unterwegs seien.

**5. a) Bericht der Landesregierung zum aktuellen Sachstand zu den Sanierungsschäden der Autobahn 21 zwischen Bornhöved und Stolpe**

Antrag des Abg. Vogel (SPD)

[Umdruck 19/2180](#)

**b) Bericht der Landesregierung zu neuen Straßenschäden auf dem sanierten Teilabschnitt der A 21 zwischen Trappenkamp und Stolpe**

Antrag des Abg. Volker Schnurrbusch (AfD)

[Umdruck 19/2181](#)

Staatssekretär Dr. Rohlf s stellt einleitend fest, in der Bewertung seien sich alle einig, dass die Sanierungsschäden der Autobahn 21 extrem ärgerlich seien. Es sei immer noch nicht geklärt, was genau die Ursache für die auftauchenden Schäden sei. Die Suche danach laufe auf Hochtouren. Deshalb könne man heute auch nur einen Zwischenstand berichten. Der LBV sei tagtäglich auf der Strecke unterwegs, um weitere Entwicklungen der Schadstellen zu begutachten. Festzustellen sei, dass man sich noch in der Gewährleistungszeit befinde, inwieweit die ausführenden Firmen in Regress genommen werden könnten, hänge jedoch von der Frage der Verursachung ab. Staatssekretär Dr. Rohlf s kündigt an, den Ausschuss über die weiteren Ergebnisse der Ursachenforschung zu unterrichten.

Herr Conradt, LBV, ergänzt, die ausgeführten Arbeiten auf dem Streckenabschnitt auf der Basis des Regelwerkes für Bundesfernstraßen seien durch zwei deutschlandweit bekannte Baufirmen ausgeführt worden. Entsprechend überrascht seien jetzt alle Beteiligten über die Schadensentwicklung auf den beiden Teilstrecken. Im Augenblick sei man dabei, mit den beiden ausführenden Firmen eine Einigung über das weitere Vorgehen zu erzielen. Es sei mit ihnen zum Beispiel bereits vereinbart worden, gemeinsame Bohrkern e für die Schadensermittlung und Prüfung zu ziehen. Im Moment könne man drei unterschiedliche Schadensarten feststellen, man überprüfe jedoch die Strecke engmaschig, um gegebenenfalls auch kurzfristig weitere Tempolimits anbringen zu können, sollten weitere Schäden auftreten. Ziel sei es, Ende April 2019 zu einem Ergebnis bei der Ursachenforschung zu kommen. Rückfragen bei dem Bundesverkehrsministerium und auch den Verantwortlichen in anderen Bundesländern hätten bereits ergeben, dass ein vergleichbares Schadensbild wie auf diesen Strecken woanders bisher nicht aufgetaucht sei. Es handle sich also um ein völlig neues Phänomen.

In der anschließenden Aussprache führt Herr Conradt im Zusammenhang mit Nachfragen von Ausschussmitgliedern aus, natürlich sei bereits unterschiedlichen Ursachenerklärungen nachgegangen worden. Auszuschließen sei, dass ähnliches Mischgut auch bei Sanierungsarbeiten an der A 7 oder A 1 verwendet worden sei, da nur bei der A 21 überhaupt Mischstruktur zum Einsatz gekommen sei.

Zu möglichen Streckensperrungen weist Herr Conradt auf die täglichen Kontrollen auf den betroffenen Streckenabschnitten hin, mit denen man der Verkehrssicherungspflicht nachkomme. Aus seiner Sicht bestehe deshalb nicht ansatzweise die Gefahr, dass man zu einer Sperrung größerer Teile der A 20 kommen werde. Sobald man über Sanierungsmaßnahmen spreche, müsse natürlich mit einzelnen Teilsperren für diese Maßnahmen gerechnet werden.

Aus den Bautagebüchern gehe hervor, welche Witterung beim Einbau der Beläge vorgeherrschte habe. Auch könne man nachvollziehen, welche Mischwerke das Material geliefert hätten. Dennoch habe dies bislang nicht zur Klärung der Ursachen beitragen können.

Selbstverständlich habe man die beiden Firmen aufgefordert, ihren Gewährleistungspflichten nachzukommen. Eine der beiden Firmen habe ihre Bereitschaft signalisiert, die andere Firma habe sich auf diese Aufforderung nicht eingelassen, deshalb befinde man sich mit dieser Firma in einer gerichtlichen Klärung.

**6. Ergänzung einer Verwaltungsvereinbarung mit der Freien und Hansestadt Hamburg über die Finanzierung der ersten Realisierungsschritte der S-Bahn S 4 Ost von Hamburg Hasselbrook nach Bad Oldesloe**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus  
[Umdruck 19/2117](#)

Einstimmig nimmt der Ausschuss die Vorlage des Ministeriums zur Ergänzung der Verwaltungsvereinbarung, [Umdruck 19/2117](#), zur Kenntnis.

**7. Neuvergabe der grenzüberschreitenden SPNV-Leistungen zwischen Niebüll und Tøndern (DK)**

hierzu: vertraulicher [Umdruck 19/2092](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV  
i. V. m. § 17 Absatz 2 GeschO)

Dieser Tagesordnungspunkt wird in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil beraten (siehe Niederschrift zum nicht öffentlichen Teil der Sitzung).

## **8. Verschiedenes**

Zu dem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin